

Motion

Transparente Interessenbindungen

Eingereichter Text

Das Stadtratsbüro wird beauftragt

1. in Zusammenarbeit mit dem Ratssekretariat eine Liste der Interessenbindungen der Mitglieder des Stadtrates zu führen.
2. folgende Interessenbindungen der Mitglieder des Stadtrates auf dieser Liste auszuweisen:
 - berufliche Tätigkeiten
 - Tätigkeiten in Führungs- oder Aufsichtsgremien sowie Beiräten und ähnlichen Gremien von schweizerischen und ausländischen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des privaten und öffentlichen Rechts
 - dauernde Leitungs- oder Beratertätigkeiten für Interessengruppen
 - Mitwirkung in Kommissionen und anderen Organen des Bundes, des Kantons oder von bernischen Gemeinden
 - Ausübung wichtiger politischer Ämter
3. für die öffentliche Einsehbarkeit der Liste zu sorgen, namentlich auf der Webseite der Stadt Biel.
4. dem Stadtrat die dafür notwendigen rechtlichen Grundlagen zum Beschluss vorzulegen.

Begründung

Das Postulat 20140130 „Interessenbindungen offenlegen!“ von Sandra Schneider, SVP, hat das Stadtratsbüro zur Nicht-Erheblich-Erklärung empfohlen. Dies unter anderem mit dem Argument, die vorgesehene Beschränkung der Offenlegungspflicht auf von der Stadt Biel finanziell unterstützte Institutionen sei nicht nachvollziehbar. Zwar hatte dieses Postulat nur die Offenlegung dieser Interessenbindungen zum Ziel, er schliesst aber die Offenlegung weiterer Interessenbindungen nicht aus und dies war auch nicht die Absicht der Postulantin.

Mit der vorliegenden Motion soll dem Einwand des Stadtratsbüros Rechnung getragen und eine Regelung analog dem kantonalen Recht vorgeschlagen werden. Der Wunsch nach Transparenz über Interessenbindungen von Volksvertreterinnen und -vertretern ist heute weit verbreitet. Es ist selbstverständlicher Teil unseres Milizsystems, dass Stadträte neben ihrer politischen Tätigkeit auch weiteren Tätigkeiten nachgehen und unvermeidbar, dass diese manchmal auch in einem Spannungsfeld zu im Stadtrat behandelten politischen Geschäften stehen. Daran ist nichts Anrüchiges, die Unterzeichnenden sind aber der Ansicht, dass die Bevölkerung ein Anrecht darauf hat sich transparent über solche Interessenbindungen informieren zu können.

Biel/Bienne, 15. Januar 2015

Dennis Briechle, glp

Sandra Schneider, SVP

Reto Gugger, BDP